bnr.de
blick nach rechts

24. Jahrgang | 04 | 16. Februar 2007

Rechte Szene 2

„Todfeind, Parteifreund“
Der Zwist in der Hamburger NPD hat Konsequenzen weit über die Hansestadt hinaus.

Heß-Gedächtnisstätte
Neonazis versuchen weiterhin, in Wunsiedel Immobilien zu erwerben.

Ohne Licht in Dresden
Die NPD nutzt den Trauermarsch am 13. Februar für eigene Zwecke.

Öko-Vorstoß
Rechte wollen mit Umweltschutz punkten.

„Meinungsfreiheit“
Der Inhaber des Grabert-Verlags wurde erneut wegen Volksverhetzung verurteilt.

Seitenblick 6

Alarmierende Zahlen
Zunehmend mehr rechte Gewalttaten.

Rechte im Web 7

Braune Zellteilung
Zentrales Neonazi-Forum hat sich in zwei Bereiche aufgespaltet.

Falsche Freunde
Der Weblog „Politically Incorrect“ (PI) gibt vor, über Antisemitismus zu informieren. Das Koordinatiensystem des Betreibers hat sich jedoch deutlich nach rechts verschoben.

Buße für Links
Landesanstalt für Medien straft Neonazi ab.

Hintergrund 9

Anhängsel oder Fanatikerin
Das Frauenbild in der neonazistischen Szene ist im Wandel begriffen.

Blick in die Zeitgeschichte 10

„Freiwillige“ Arbeitssklaven
Jüdische Zwangsarbeiter, die im Ghetto geschuftet haben, können jetzt doch auf eine Entschädigung hoffen.

Meldungen 11

Rechte Szene

„Todfeind, Parteifreund“

Der Zwist in der Hamburger NPD hat Konsequenzen weit über die Hansestadt hinaus.

Wer die Steigerung „Feind, Todfeind, Parteifreund“ ganz praktisch erleben will, muss sich in diesen Tagen der Hamburger NPD zuwenden. Bizarre Szenen spielen sich dort ab. Nachdem die Opponenten der Landesvorsitzenden Anja Zysk dieser mit Gewalt gedroht hatten, die Landeschefin ihrerseits mit einer Strafanzeige geantwortet hatte und der Vorstand komplett zurückgetreten war (bnr 2/07), bemüht sich Bundesvize und Generalsekretär Peter Marx, die Hamburger NPD irgendwie wieder zurück zur Normalität zu führen. Doch das will nicht recht gelingen.

Alles andere als normal waren zum Beispiel die Umstände, unter denen am 5. Februar die Jahreshauptversammlung des Hamburger NPD-Kreisverbandes Nord stattfand. Nicht nur, dass sich Marx persönlich in die Niederungen der Provinz begeben und Mitglieder des NPD-Ordnungsdienstes mitbringen musste, um einen halbwegs geordneten und zivilisierten Ablauf sicherzustellen. Vollends skurril wurde das Ganze, wenn das „Störtebeker-Netz“ berichtete, die Hauptkontrahenten Zysk und Thorsten de Vries hätten sich für die Dauer der Veranstaltung auf eine Art Burgfrieden geeinigt, indem sie „schriftlich (!) erklärten, von Anzeigen wegen Nichteinhaltung des gerichtlich verordneten Mindestabstandes bzw. auf körperliche Gewalt zu verzichten“. Am Ende hatte der Kreisverband mit Matthias Faust, einem Gefolgsmann der zurückgetretenen Landeschefin, einen neuen Kreisvorsitzenden – aber nicht, weil er eine Mehrheit hinter sich gehabt hätte, sondern weil nach zweimaliger Stimmengleichheit mit dem Zysk-Gegner Jan Zimmermann ein Münzwurf über den neuen Vorsitzenden entscheiden musste. So richtigen Grund zur Freude über Fausts Erfolg konnte das Zysk-Lager auch deshalb nicht haben, weil bei der Wahl von vier Delegierten für den Landesparteitag alle Mandate an ihre Opponenten gingen.

Gegenkandidat von Zysk bei jenem Landesparteitag – als Termin war zuletzt der 18. Februar genannt worden – soll dem Vernehmen nach Jürgen Rieger sein. Der Hamburger Anwalt, im Bundesvorstand für Außenpolitik und Finanzbeschaffung verantwortlich, war bereits im Januar als potenzieller Landesvorsitzender ins Gespräch gebracht worden. Er hatte jedoch – zumindest öffentlich – wenig Neigung gezeigt, an die Spitze des zerstrittenen Verbandes treten zu wollen. „Störtebeker“ zufolge soll Marx ihn persönlich bekniet haben, nachdem Zysks Vorgänger Ulrich Harder (77) eine Kandidatur abgelehnt habe.

Die Spaltung der Hamburger NPD könnte derweil Kreise über die Hansestadt hinaus ziehen. In Niedersachsen soll am 11. März ebenfalls ein neuer Landesvorstand gewählt werden. Landesvize Adolf Dammann und der zur NPD übergetretene Ex-Republikaner-Vorsitzende in Niedersachsen, Hans-Gerd Wiechmann, wollen den NPD-intern als eher „gemäßigt“ geltenden Landeschef Ulrich Eigenfeld stürzen. Zweifelhaft ist, ob sich die Chancen von Eigenfelds Gegenkandidaten Dammann erhöht haben, nachdem er sich mit Wiechmann in Hamburg auf die Seite von Zysk geschlagen hat. Bei deren Kundgebung am 10. Februar gegen den Bau einer Moschee im Stadtteil Bergedorf waren Dammann und Wiechmann neben Zysk und Christian Worch als Redner aufgetreten. Das könnte unter Umständen manchen ihrer Anhänger wieder davon abbringen, ihre Anti-Eigenfeld-Kampagne zu unterstützen.

Zu Konsequenzen führte der Hamburger Zwist auch in Nordrhein-Westfalen. Worch hatte für die Neonazis aus dem Umfeld der „Nationalen Offensive Schaumburg“ (NOS) rund um Marcus Winter für den 17. März eine Demonstration im ostwestfälischen Minden angemeldet. Doch nachdem Winter am 10. Februar „in offen erkennbarer Konkurrenz zu der Kundgebung am gleichen Tag in Hamburg-Bergedorf“, so Worch, eine Paralleldemonstration im nur knapp 90 Kilometer von Hamburg entfernten Rotenburg an der Wümme unterstützte, meldete Worch den Minden-Aufmarsch wieder ab. Mit der Anmeldung in Rotenburg solle die Bergedorf-Demo bewusst hintertrieben werden, klagte Worch. Erpressung warf Winter ihm daraufhin vor und will von Worch wissen, „was man an der Front mit Erpressern gemacht hat“. Worchs Antwort ist schneidend: „Wären wir an der Front, würdest du vor mir Männchen machen.“ Merke: Unter Neonazis muss man nicht „Parteifreund“ sein, um zum „Todfeind“ zu werden.

Tomas Sager

Heß-Gedächtnisstätte

Neonazis versuchen weiterhin, in Wunsiedel Immobilien zu erwerben.

Nach Informationen der „Frankenpost“ soll der der rechten Szene angehörende Rechtsanwalt Jürgen Rieger aus Hamburg beabsichtigen, in Wunsiedel einen Gebäudekomplex zu kaufen, um diesen als Dokumentationszentrum für Rudolf Heß zu nutzen. Auf Nachfrage bestätigte das Landesamt für Verfassungsschutz in Bayern, dass die Behörde die kommunale Spitze der Festspielstadt über diese Pläne bereits Ende vergangenen Jahres in Kenntnis gesetzt habe.

Nachzulesen ist das Ganze auch auf der Internetseite des „Kameradschaftsbundes Hochfranken“. Demnach hat NPD-Bundesvorstandsmitglied Thomas Wulff bei einem Treffen die Aktivisten vor Ort darüber informiert, dass am Fuße der Luisenburg die zusammenhängenden Lokalitäten „Waldlust“ und „Jägerstüberl“ begehrtes Objekt der rechten Szene seien. Man gedenke, dort eine Heß-Gedächtnisstätte zu betreiben, aber auch ein Schulungszentrum samt Gastronomiebetrieb. Ferner, so Wulff gegenüber den Kameraden, könnte die neue Stätte die Wahlkampfzentrale für die im nächsten Jahr anstehenden Landtagswahlen werden. Wie sicher man sich im rechtsextremen Lager offenbar ob des Immobilienerwerbes ist, darauf deutet eine Ankündigung hin, dass bereits ein erster Vortragsabend mit Olaf Rose, Mitarbeiter der sächsischen NPD-Landtagsfraktion, vorgesehen sei.

Wulff, persönlicher Referent von NPD-Bundeschef Udo Voigt, und Rieger sind vor Ort keine Unbekannten. Beide besuchten bereits den von der Neonaziszene bis in den Spätsommer des Vorjahres hinein frequentierten Treffpunkt „Lokalbahn“, der sich inzwischen aber „Cafe Game“ nennt und zu einer Kneipe für Dartsspieler mutiert ist. Den Ankauf einer stillgelegten Möbelhandlung mit größerer Quadratmeterzahl wussten die städtischen Gremien im vergangenen Jahr noch zu verhindern. Jetzt möchte man dem Rieger-Deal einen Strich durch die Rechnung machen, äußert sich jedoch nicht in der Öffentlichkeit. Offenbar sollen kommunale Vorkaufsrechte zum Tragen kommen. In der Stadt mit der Heß-Grabstätte war man nicht blauäugig, betont Pfarrer Jürgen Schödel, auch aktiv in der Bürgerinitiative „Wunsiedel ist bunt“. „Es war doch klar, dass die nicht aufgeben“, sagt er und meint damit die Rechtsextremisten, die seit zwei Jahren nach richterlichen Eilentscheidungen nicht mehr zum Heß-Todestag in der fränkischen Stadt aufmarschieren dürfen.

Laut Verfassungsschutz gibt es in Bayern durchaus Regionen mit intensiveren rechtsgerichteten Aktivitäten als im Raum Hof/Wunsiedel. Man habe es in besagter Gegend mit einem Kern von 20 bis 30 Aktivisten zu tun, so die Mitteilung. Die dort ebenfalls verwurzelte Rechtsrockband „Braune Brüder“ hat im Vorjahr immerhin zehn Konzerte in Bayern gegeben. Ferner ist ein Tattoo-Studio Anlaufpunkt.

Horst Freires

Ohne Licht in Dresden

Die NPD nutzt den Trauermarsch am 13. Februar für eigene Zwecke.

Es sollte ein Trauermarsch zum 62. Jahrestag der Bombardierung Dresdens unter dem Motto „Ein Licht für Dresden“ werden. Doch das nasskalte Wetter ließ die rund 1500 Neonazis am Abend des 13. Februar nicht nur im Regen, sondern auch im Dunkeln stehen, denn die Fackeln erloschen schnell. Organisiert von der sächsischen JLO („Junge Landsmannschaft Ostdeutschland“) und dem „Aktionsbündnis gegen das Vergessen“ versammelten sich vor allem freie Kräfte aus Ostdeutschland in der Nähe des Landtages.

Die NPD-Fraktionen aus den Landtagen in Dresden und Schwerin beteiligten sich, sowie eine kleine Gruppierung „Russlanddeutsche in der NPD“. Ungarische Neonazis revanchierten sich für die Teilnahme von NPD-Politikern am „Day of Honour“ am 10. Februar in Budapest mit einem Gegenbesuch, stolz ließen sie sich mit Transparent und Fahnen fotografieren. Eine größere Gruppe Burschenschafter in schwarzen Anzügen hob sich optisch von den in Thor Steinar gekleideten Glatzen der „Kameradschaft Leipzig“ ab. Der NPD-Ordnerdienst wurde von dem 1999 wegen Sprengstoffbesitz verurteilten Andreas Theißen geleitet. Der schien jedoch teilweise überfordert mit den strengen Auflagen der Polizei und ließ daher tele-

fonische Order von Bundesvorständler Manfred Börm einholen.

Leibesvisitationen am Eingang verärgerten die rechtsextremen Teilnehmer. Als eine Gruppe von Neonazis am Bahnhof festgehalten wurde, drohte Organisator Alexander Kleber der Polizei lauthals mit einem Ultimatum. Die Stimmung innerhalb der braunen Szene schwankte, denn nur die freien Nationalisten schienen sich am darauffolgenden Krawallgeschrei und der Parole „Wir sind das Volk“ zu beteiligen. Die Abgeordneten der sächsischen NPD, in der ersten Reihe des wartenden Demonstrationszuges, schwiegen. Auch hatte es im Vorfeld des Aufmarsches heftige Diskussionen darüber gegeben, ob die NPD den Jahrestag für politische Eigenwerbung nutzen dürfe. Der NPD-Vorsitzende Udo Voigt störte sich nicht daran und nutzte die Bühne auf einem angemieteten Lastwagen wiederum für Parteizwecke.

Während des Schweigemarsches wurden die Neonazis immer wieder von Gegendemonstranten in Sitzblockaden aufgehalten. Die neu errichtete Synagoge an der Elbe wurde währenddessen von hinzugezogenen Einsatzkräften vor einem möglichen Zugriff der vorbei marschierenden Rechten beschützt. Am Dresdener Rathaus sprachen dann die NPD-Fraktionsmitarbeiter Olaf Rose und Peter Naumann vor ihren Kameraden. Begleitet wurden die Reden von starken Protesten.

Andrea Röpke

Öko-Vorstoß

Rechte wollen mit Umweltschutz punkten.

Die NPD und die Kameradschaftsszene will auch mit so genannten „weichen Themen“ politisch in der Gesellschaft Fuß fassen. Dazu gehört unter anderem der Umweltschutz. In einem aktuellen Fall Mecklenburg-Vorpommerns vermeidet es eine Bürgerinitiative aber in ihrer Außendarstellung, dass ein offenbar vorhandener rechtsgerichteter Hintergrund augenscheinlich an die Öffentlichkeit kommt.

Die Gentechnikfreie Initiative Nebel/Krakow am See, gegründet 2004, hat inzwischen regional 15 Höfe um sich geschart und erklärt, für den Ackerbau auf gentechnisch manipuliertes Saatgut zu verzichten. Rund die Hälfte der Betreiber dieser landwirtschaftlichen Betriebe sympathisiert mit der NPD. Als Sprecher tritt Helmut Ernst aus Koppelow in Erscheinung. Er besitzt das NPD-Parteibuch und gilt als ein Vertrauter von NPD-Fraktionschef Udo Pastörs. Ernst tritt als Autor im monatlich erscheinenden NPD-Organ „Deutsche Stimme“ auf, und ebenfalls in der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Dort war auch einmal zu lesen, dass Ernst und weitere Ökobauer-Mitstreiter bündischen Verbindungen in Pfadfindermanier nahe stünden. Jetzt hatte die Initiative Vertreter aller Schweriner Landtagsfraktionen sowie Bündnis 90/Die Grünen zu einer Podiumsdiskussion mit dem unverfänglichen Titel „Mecklenburg-Vorpommern tut gut“ in einen Gasthof im Landkreis Güstrow eingeladen. Doch mit dem Wissen um die politische Heimat des Initiativensprechers sagten alle Fraktionen – die NPD ausgeklammert – und die Grünen ab. Daraufhin wurde die Zusammenkunft von den Organisatoren abgeblasen. Die „Ostseezeitung“ beschreibt den mit perfider, ausgeklügelter Taktik betriebenen Öko-Vorstoß der Rechtsextremisten als „tarnen, täuschen, übertölpeln“. Auch der Gentechnik-Sprecher des BUND war eingeladen, gab den Neonazis aber einen Korb. Die Umweltschutzorganisation distanziere sich trotz Übereinstimmungen in gentechnischen Fragen von der völkisch-nationalistischen Partei, hieß es aus der Landesgeschäftsstelle.

Mit Gentechnik beschäftigt sich auch das mittlerweile dritte nationale Umweltschutzheft unter dem Titel „Öko..?Logisch..!“ Die Broschüre aus dem rechten Lager befasst sich aber zudem mit Tierschutz, Atomenergie sowie Lebensmittelüberwachung. Ferner gibt es ein Interview mit dem sächsischen NPD-Abgeordneten Jürgen Schön. Urheber der in kleiner Stückzahl vertriebenen Broschüre ist Meik Hagen aus Arendsee, Sachsen-Anhalt. Er wird der Gruppierung der Freien Nationalisten Altmark-West zugerechnet.

Punkten wollen Neonazis in ihrer biederen Außenwirkung auch durch Säuberungs- und Putzaktionen. So brüstet sich beispielsweise die Kameradschaft mit dem Namen „Bürgerinitiative für Zivilcourage“ in Hildesheim mit einer Müllsammelaktion auf ihrer Homepage.

Horst Freires

„Meinungsfreiheit“

Der Inhaber des Grabert-Verlags wurde erneut wegen Volksverhetzung verurteilt.

Das Amtsgericht Tübingen verurteilte am 6. Februar den Tübinger „Verleger mit Leib und Seele“ (Eigenbezeichnung) Wigbert Grabert (Jg. 1941) wegen Volksverhetzung zu einer dreimonatigen Gefängnisstrafe, die auf drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt wird. Zusätzlich muss Grabert 3 000 Euro an den Kinderschutzbund überweisen. Wigbert Grabert, Inhaber des gleichnamigen Grabert-Verlages, ist bereits wegen Volksverhetzung rechtskräftig verurteilt.

Gegenstand der Anklage war der Aufsatz „Bericht aus Finnland. Multikultur – eine unmögliche Vision“. Veröffentlicht wurde der Hetzartikel in der März-Ausgabe 2006 der von Grabert herausgegebenen Zeitschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ (DGG; vormals „Deutsche Hochschullehrer-Zeitung“). Im Impressum von DGG ist vermerkt, dass der Herausgeber der Auffassung sei, dass „er im Rahmen der freien Meinungsäußerung (Artikel 5 des Grundgesetzes) ein Forum für ein breites Meinungsspektrum zur Verfügung stellen sollte.“ DGG erscheint vierteljährlich im 55. Jahrgang in einer Auflage von 2 000 Exemplaren. 144 Exemplare waren im Juni 2006 noch im Verlag vorhanden, als die Tübinger Staatsanwaltschaft diese verbliebenen Exemplare beschlagnahmte.

Autor des Artikels ist der 21-jährige Finne Henrik Holappa. Holappa ist Aktivist der rechtsextremen Partei Perussuomalaiset („Wahre Finnen“), die mit drei Abgeordneten im Parlament vertreten ist. Der Finne ist auch Autor des NPD-Sprachrohrs „Deutsche Stimme“. Wegen des Artikels wurde Holappa am 8. August 2006 von der finnischen Sicherheitspolizei verhört. Nach Deutschland will Holappa nicht kommen, „solange die BRD noch existiert, aber wenn das wirkliche Deutsche Reich kommt, werde ich da sein.“

Im Kern münden die Vorwürfe des von Holappa verfassten Beitrags, der in DGG erschienen ist, in Behauptungen wie „Organisierte Negerbanden betreiben genetischen Völkermord in Europa“, so der Oberstaatsanwalt Ernst Rößner. Multikulturalismus definiert Holappa als „von realitätsfremden Phantasten und verantwortungslosen Politikern über die Völker verhängter Terror!“; Multikultur sei eine „Diskriminierung der Mehrheit durch die Minderheit“. Multikulturalisten, würden die „Belange fremdvölkischer Minderheiten über die Belange der eigenvölkischen Mehrheit“, stellen, behauptet der Autor. Dahinter wittert der Finne „eine spezielle Methode vom Völkermord“.

Verteidigt wurde Grabert von Thor von Waldstein (Jg. 1959), früherer Bundesvorsitzender des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB), der NPD-Studierendenorganisation. Waldstein, Referent bei der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik (GFP), ist seit 1989 Rechtsanwalt in der nordbadischen Stadt Mannheim.

„Einsatz für die historische Wahrheit“

Redakteure von „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ sind Karl Richter, Mitarbeiter der sächsischen NPD-Landtagsfraktion und Rolf Kosiek, stellvertretender Vorsitzender der Gesellschaft für freie Publizistik. Anzeigen schaltet in DGG unter anderem der Deutsche Stimme Verlag der NPD. Der Grabert-Verlag selbst wirbt in der „Deutschen Militärzeitschrift“ (DMZ) für seine Bücher.

Neben DGG gibt Grabert auch „Aktuelle Buch- und Verlagsnachrichten“ unter der Bezeichnung „Euro-Kurier“ heraus, der zweimonatlich im 18. Jahrgang erscheint. In der aktuellen Ausgabe des „Euro-Kurier“ trauert der in Südafrika lebende deutsche Rechtsextremist Claus Nordbruch um den hingerichteten irakischen Tyrannen Saddam Hussein, der „entschieden und mutig auf den Galgen“ trat. Nordbruch bewundert dies als „mannhafte Haltung“ und beendet seinen Artikel mit den Worten „Ewig währt der Toten Tatenruhm.“ Der Nationalrevolutionär Jürgen Schwab, vormals Chefideologe der NPD, wettert gegen den „gemeinschaftsfeindlichen Individualismus“ und „die Menschenrechtsideologie als Türöffner für den US-Imperialismus.“

Grabert gehörte im Juli 1980 zu den Gründungsmitgliedern des Thule-Seminars, einer „Forschungs- und Lehrgemeinschaft für die indoeuropäische Kultur“. Organisiert ist Grabert auch im revanchistischen Witikobund, der sich als „nationale sudetendeutsche Gesinnungsgemeinschaft“ versteht und traditionell stark rechtsextrem durchsetzt ist. 2003 wurde Grabert von der GFP mit der

Ulrich-von-Hutten-Medaille ausgezeichnet. Die GFP würdigte damit, so das DVU-Sprachrohr „National-Zeitung“, Graberts „Einsatz für die Meinungsfreiheit und die historische Wahrheit“.

Namensgeber des Grabert-Verlages ist Herbert Grabert, der vor 1945 in Alfred Rosenbergs „Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete“ und als Regierungsrat in der „Kriegsgeschichtlichen Abteilung des Oberkommandos der Wehrmacht“ tätig war. Der Reserveoffizier Wigbert Grabert trat 1964 in das Verlagshaus des Vaters ein, das seit 1953 besteht und übernahm 1972 dessen Leitung. Seit dem Tod seines Vaters 1978 hat Grabert auch die alleinige Geschäftsführung inne. Der Verlag zählt zu den größten rechtsextremen Verlagen in der Bundesrepublik. Das Verlagsprogramm bedient klassische rechtsextreme Themenfelder, darunter Geschichts- und Gebietsrevisionismus. Einer der maßgeblichen Autoren des Verlages ist Claus Nordbruch. Von ihm erschien Ende 2006 das Buch „Judenfragen. Selbstverständnis und Problematik“. In einem Schreiben an seine Verlagskunden teilte Grabert im November 2006 mit: „Ein mutiges Buch, das eine seit langem bestehende Lücke ausfüllt und von jedem Deutschen gelesen werden sollte.“ Im Buch selbst ist zu lesen, dass das religiöse Judentum „eine Lebensanschauung“ sei, „in der Sitten- und Rechtsauffassungen vertreten werden, die zumindest mit der Ethik der klassischen europäischen Kulturen in manchen Bereichen nicht in Einklang zu bringen sind.“

Mehrfach wurden in den letzten Jahren Bücher des Grabert-Verlags beschlagnahmt oder von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert. Gerichtlich eingezogen wurden unter anderem Bücher des notorischen Holocaust-Leugners Germar Rudolf. Bereits seit 1982 steht das 1979 vom Grabert-Verlag veröffentlichte Machwerk „Der Auschwitz-Mythos“ des ehemaligen Finanzrichters Wilhelm Stäglich auf dem Index der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften. Das Buch von Stäglich, der ehemals als Ordonnanzoffizier in der Nähe von Auschwitz eingesetzt war, leugnet nicht nur den Holocaust. Der Text wimmelt außerdem von antisemitischen Vorurteilen.

Anton Maegerle

Seitenblick

Alarmierende Zahlen

Zunehmend mehr rechte Gewalttaten.

Die Zahl der rechtsextremen und ausländerfeindlich motivierten Straf- und Gewalttaten ist 2006 nach vorläufigen Zahlen in Deutschland auf den höchsten Stand seit sechs Jahren gestiegen. Das berichten unter anderem „Die Zeit“, „Spiegel-Online“ und „Der Tagesspiegel“ mit Verweis auf die vorläufigen Zahlen aus dem Bundesinnenministerium. Danach sind im letzten Jahr 12 238 politisch rechts motivierte Straftaten aufgelistet, davon 726 Gewalttaten. Die vorläufigen Zahlen basieren auf der Beantwortung einer Kleinen Anfrage der Bundestagsabgeordneten der Linkspartei Petra Pau zur Entwicklung des Rechtsextremismus im vergangenen Jahr. Das Ministerium weist darauf hin, dass die endgültigen Zahlen, die im Mai veröffentlicht werden, noch höher sein können, weil in der Regel noch Vorfälle nachgemeldet werden. Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt gehen auch 2006 von einer Dunkelziffer aus. In den Vorjahren sind viele rechtsextreme Übergriffe nicht bekannt worden, weil die Opfer Angst hatten, in die Öffentlichkeit zu gehen.

Ein Großteil der aufgelisteten Vorfälle wurde in der Presse nur kurz erwähnt, andere hatten im letzten Jahr für ein größeres Medienecho gesorgt. So sorgten beispielsweise die Verbrennung des Anne-Frank-Tagebuchs während einer „Sonnenwendfeier“ in Pretzien und die Misshandlung eines zwölfjährigen Jungen in Pömmelte Anfang Januar 2006 für Aufsehen. In Parey zwangen Neonazis im Oktober einen 16-jährigen Mitschüler, mit einem Schild über den Schulhof zu laufen, auf dem geschrieben stand: „Ich bin im Ort das größte Schwein, ich lass’ mich nur mit Juden ein.“ In Berlin hatte vor allem der zweimalige Überfall auf den Anmelder einer antifaschistischen Demonstration und der Angriff auf das Mitglied des Abgeordnetenhauses Giyasettin Sayan für Pressewirbel gesorgt. Der Fall des Deutsch-Äthiopiers Ermyas M., der ein großes Medienecho auslöste, ist auf der Liste rechter Gewalt nicht vertreten. Die Behörden sehen bei der Gewalttat in Potsdam Ostern 2006 keinen polischen Hintergrund.

Peter Nowak

Rechte im Web

Braune Zellteilung

Zentrales Neonazi-Forum hat sich in zwei Bereiche aufgespaltet.

Ende Januar wurde das neonazistische Skadi-Forum, bis dahin eines der relevantesten europäischen Neonazi-Foren, von seinen Betreibern aufgeteilt: in einen englischsprachigen Bereich, der den Namen Skadi behält, und eine deutsche Sektion, die unter dem Namen „Thiazi", in der nordischen Mythologie der Vater von Skadi, online ist.

Damit scheint der im Jahr 2004 erfolgte Zusammenschluss des englischsprachigen Skadi-Forums mit dem deutschen „Nationalen Forum", aus dem eines der maßgeblichen europäischen Neonazi-Foren entstand, potenziell gescheitert zu sein. Trotz – wie in den meisten neonazistischen Foren – teilweise ähnlicher Bereiche geht damit auch eine klare inhaltliche Trennung einher.

Einer der Schwerpunkte des Skadi-Forums ist die „Rassenkunde". In zahlreichen Diskussionen wird Bezug genommen auf so genannte „Wissenschaftler" wie den NS-Rassetheoretiker Hans F. K. Günther. Gängige Frage ist die Klassifizierung eines Bildes nach rassischen Kriterien, die darauf folgenden Antworten zeigen zugleich die Unsinnigkeit solcher Ansinnen. Zu den Schwerpunkten des deutschen Forums zählt dagegen der Musikbereich mit zahllosen rechtsextremen Liedtexten, CD-Besprechungen und Links. Er geht zurück auf das „Nationale Forum" und seine Vorläufer bei der neonazistische Musiksite „White Power MP3" (WPMP3) und sorgt für den Bekanntheitsgrad in der deutschen Szene.

Als Grund des Auseinandergehens werden absehbare finanzielle und technische Probleme angegeben – die engen personellen, technischen und finanziellen Verbindungen zwischen beiden Foren lassen eine klare Trennung jedoch nicht erkennen. Die finanzielle Seite offenbart zudem eine weitere interessante Querverbindung: Beide Foren bitten an prominenter Stelle im Forum um Spenden zum Betrieb des Forums und bieten „Förderern" im Gegenzug zusätzliche Dienste wie beispielsweise MP3-Downloads. Als Kontonummer oder Postfach für Barsendungen wird dabei eine szenebekannte Adresse angegeben: die des Castle Hill Publishers Verlag des notorischen Auschwitz-Leugners Germar Rudolf, die in diversen anderen Zusammenhängen aus dem revisionistischen Orkus wie dem „Verein zur freien Geschichtsforschung" (VHO) oder den „Vierteljahresheften für freie Geschichtsschreibung" ebenso auftaucht. Eine Querfinanzierung scheint hier ebenso möglich wie naheliegend.

Rudolf Kleinschmidt

Falsche Freunde

Der Weblog „Politically Incorrect" (PI) gibt vor, über Antisemitismus zu informieren. Das Koordinatiensystem des Betreibers hat sich jedoch deutlich nach rechts verschoben.

„Pro-amerikanisch", „pro-israelisch", „für Grundgesetz und Menschenrechte", so steht es in großen Lettern auf der Startseite des Weblogs „Politically Incorrect" (PI) geschrieben. Täglich bis zu 27 000 Besucher zählt die Webseite von Stefan Herre aus Köln, der sich zusätzlich auf die Fahnen – beziehungsweise in den Header seiner Homepage – schreibt, „News gegen den Mainstream" verbreiten zu wollen und „Gegen die Islamisierung Europas" zu sein.

Im Wesentlichen werden auf der Webseite Artikel und Medienbeiträge aus dem Internet eingestellt und kommentiert, in denen über Islamismus und islamistischen Terrorismus, Antisemitismus in der arabischen Welt und dem Islam, aber auch über „Migrantengewalt" oder das „Scheitern von Multikulti" berichtet wird. In dem Bemühen, möglichst viel islamkritisches aber auch offen islamophobes Material zu präsentieren, ist man bei der Quellenauswahl nicht besonders wählerisch. So scheuen sich die Autoren nicht, einen Beitrag der rechten Wochenzeitung „Jungen Freiheit" einzustellen, der über eine angebliche Kehrtwende des Berliner „Tagesspiegel" in der Berichterstattung zu dem Thema „Ausländerkriminalität" berichtet und im gleichen Abwasch versucht, die

vorbildliche Berichterstattung des „Tagesspiegel“ zum Thema „Rechtsextremismus“ durch den Reporter Frank Jansen zu diskreditieren.

Mindestens so aufschlussreich wie der Artikel selbst ist seine Kommentierung durch die Leser des Weblogs. Neben der Verteidigung der „Jungen Freiheit“ als „seriöse Quelle“ wird Material der extrem rechten Organisation „Pro Köln“ sowie die „National-Zeitung“ des Münchner Verlegers und DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey verlinkt, wird darüber diskutiert, ob es sich bei „Pro Köln“ um eine wählbare Alternative handele und positiv Bezug auf Martin Hohmanns „Tätervolk“-Rede genommen.

Nach den offiziellen Leitlinien („Policy“) von PI ist die Verlinkung mit „links- oder rechtsextremistischen Sites“ untersagt. Dass die bei Verstoß angedrohte Löschung der Kommentare nicht umgesetzt wird, mag damit zusammenhängen, dass das politische Koordinatensystem des Betreibers selbst deutlich nach rechts verschoben ist. So zitiert Stefan Herre in der Rubrik „Über PI“, in der das Selbstverständnis des Blogs dargestellt werden soll, den sowjetischen Regimekritiker Wladimir Bukowski mit den folgenden Thesen: „Die Ideologie der Bolschewisten ist gescheitert, aber schon nimmt eine neue Art von Utopisten deren Platz ein, die politisch Korrekten. Sie übernehmen die Extremposition im politischen Spektrum, die bisher von den Bolschewisten besetzt war. Die politisch Korrekten gehen genau gleich vor wie früher die Kommunisten. Sie steuern die Linke – Sozialisten und Sozialdemokraten – und setzen so ihr Programm durch. Sie sind in der Tat eine große Bedrohung für unsere Demokratien und unsere Grundrechte. [...] Es ist eine vordringliche Aufgabe, die ‘political correctness’ als eine schwere Bedrohung unserer Freiheit zu entlarven und Kräfte dagegen zu mobilisieren.“

Dieser Aufgabe fühlt sich PI also offensichtlich verpflichtet. Dem wichtigen Anliegen, über Antisemitismus innerhalb des Islam sowie über israel- und amerikafeindliche Berichterstattung in den Medien zu informieren, wird damit geschadet. Solche Freunde haben sowohl den USA als auch Israel gerade noch gefehlt.

Bernd Sommer

Buße für Links

Landesanstalt für Medien straft Neonazi ab.

Anfang des Jahres verhängte die nordrhein-westfälische Landesanstalt für Medien ein Bußgeld gegen den aus Grefrath stammenden Neonazi Sven Bannuscher wegen strafbarer Links auf seinem Weblog. Grund für dieses Bußgeld, so Bannuscher gegenüber dem rechtsextremen Portal „Störtebeker-Netz“, waren Links auf die neonazistische Topliste „Micetrap88“ sowie auf den Online-Versand „Nationalversand“. Nicht belangt wurde er damit für weitere Links auf Toplisten wie Skadi oder „White Revolution“, die nicht minder strafbare Inhalte zeigten. Bannuscher fordert zu Spenden auf, um seinen „Kampf nach Kräften zu unterstützen“. Neben dem Störtebeker-Netz wurde der Text beim Freien Widerstand sowie diversen Kameradschaften wie dem „Infoportal 24“ publiziert.

Bannuschers Weblog „Der Nonkonformist“, dessen Eingangsanimation „Trotz Verbot sind wir nicht tot“ und „Gegen staatliche Willkür und Zensur“ verkündet, ist eine Sammlung rechtsextremer Artikel und Kommentare in verschiedenen Kategorien, eine davon ist mit „Zionismus“ betitelt. Hier finden sich diverse den Holocaust relativierende oder leugnende antisemitische Traktate wie die Ansprache des Auschwitz-Lügners Bernhard Schaub auf der Holocaust-Konferenz in Teheran oder ein offener Brief von Horst Mahler an den iranischen Staatspräsidenten ebenso wie ein hohntriefender antisemitischer „Nachruf“ auf Paul Spiegel. In seinem Forum agieren über 50 angemeldete Mitglieder, wobei Bannuscher nach Ansicht von Szenekennern über mindestens zwei virtuelle Identitäten verfügt. Neben Rechtsextremismus und Antisemitismus versucht sich Bannuscher als Fotograf und veröffentlicht seine Ergebnisse sowohl in seinem Forum wie auf einer eigenen Website, darunter auch diverse Aktbilder.

Bannuscher, der nach eigenen Angaben seit zwei Jahren mehrheitlich in den USA lebt und beabsichtigt, nach Kanada oder Spanien auszuwandern, gibt als Kontaktadresse bei seinem „nonkonformistischen“ Spendenaufruf eine Postfachadresse in Grefrath an, eine weitere Domain von ihm ist auf eine Wohnadresse im selben Ort registriert.

Rudolf Kleinschmidt

Hintergrund

Anhängsel oder Fanatikerin

Das Frauenbild in der neonazistischen Szene ist im Wandel begriffen.

Zum Thema „Frauen in der rechten Szene“ liegt eine aktuelle DVD-Filmdokumentation mit dem Titel „Neonazistinnen“ vor. Verantwortlich dafür zeichnet „recherche nord“. Die dahinter steckenden Macherinnen und Macher begleiteten viele Veranstaltungen und Demonstrationen der Rechtsextremisten in Hamburg, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern mit Kamera und Mikrofon, sammelten O-Töne, suchten den Kontakt zu einer Aussteigerin und reicherten das Material mit Stellungnahmen und Bewertungen einer profunden Kennerin, der in der Bildungsarbeit tätigen Publizistin und Pädagogin Renate Feldmann, an.

Herausgekommen ist in 20 Minuten die Erkenntnis, dass sich das Frauenbild unter Neonazis Stück für Stück zu wandeln scheint. In Deutschland besteht die rechte Szene inzwischen aus 20 bis 30 Prozent Frauen. Alleinig das Rollenbild „Mütterchen am Herd“ hat ausgedient, die moderne rechtsgerichtete Frau gibt sich selbstbewusster, ist nicht mehr bloß weibliches Anhängsel des Neonazis und für das Kinderkriegen verantwortlich.

An Beispielen wie dem der NPD angeschlossenen „Ring Nationaler Frauen“ oder der bundesweit aktiven „Gemeinschaft Deutscher Frauen“ wird überprüft, inwieweit Aufgaben und Funktionen des weiblichen Geschlechts sich im stramm rechten Lager geändert haben. Weithin gilt das so genannte schwache Geschlecht als zuverlässig und pflichtbewusst. Daher werden Frauen oft logistische Aufgaben zugeteilt. Doch die „Rechtsaußen-Frau“ von heute will auch „Action“ und „dabei sein“. Folglich sieht man sie immer öfter bei Kundgebungen oder Konzerten. Exemplarisch werden einige weibliche Führungskader vorgestellt, denn sehr wohl existiert auch die fanatische neonazistische Frau. Doch gerade in gehobenen Positionen dominieren nach wie vor die Männer. Unter 36 Direktkandidaten der NPD zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern befand sich gerade einmal eine Frau, und auch der NPD-Bundesvorstand – ebenso wie die Kreis- und Landesvorstände – ist eine Männerdomäne. Fast die gesamte Musik-, Textil- und Devotionalienbranche der Rechtsextremisten liegt in Männerhand. Eine Liedermacherin wie Annett Moeck (jetzt Müller) bildet die Ausnahme. Als Kundin wird die rechtsorientierte Frau dagegen für ihren Kleiderschrank reichlich bedient.

Aussteigerin Cindy spricht darüber, wie sie hineingefunden hat ins rechte Lager und was sie fasziniert hat am rechtsradikalen Gehabe. Interessant aus ihrem Munde zu hören, dass es weniger die Inhalte waren, sondern vielmehr das „Familiäre“.

Die Produktion gibt einen breiten Überblick. Sexismus in der rechten Szene wird thematisiert, wobei sich herausstellt, dass die Frau meist als williges Sexsymbol missbraucht wird. Aber auch zu Outfit und Lifestyle gibt es reichlich Anschauungsbeispiele. Der Film nimmt den politisch rechtsextrem engagierten Frauen das verharmlosend wirkende Attribut, auch wenn sie statistisch im Bundesdurchschnitt nur gerade einmal an rund fünf Prozent von rechtsgerichteten Straftaten beteiligt sind.

An mancher Stelle hätte man dem insgesamt gelungenen Film mit dem informativen achtseitigen Text-Beiheft mehr Tiefgang gewünscht, auch wenn dann einige Minuten mehr Sendezeit herausgekommen wären. Eine Beobachtung über einen längeren Zeitraum von Internetforen auf Neonaziseiten, wo immer wieder auch geschlechtsspezifische Diskussionen stattfinden, und deren Auswertung wären zum Beispiel eine sinnvolle Ergänzung gewesen. Auch nicht alle in der rechten Szene vertretenen Frauentypen wurden abgearbeitet. Dennoch ist das „recherche nord“-Werk ein gutes Medium für den Einsatz in der Bildungsarbeit. Zusammen mit zum Thema bereits existierender Literatur kann dann komplex und vertiefend aufgeklärt werden.

Freya Harz

Recherche nord, Neonazistinnen (2006/2007), 20 Minuten, ist zu beziehen für 5 Euro Schutzgebühr bei Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (arug) – 0531/1233642 und via Internet www.arug.de

Blick in die Zeitgeschichte

„Freiwillige“ Arbeitssklaven

Jüdische Zwangsarbeiter, die im Ghetto geschuftet haben, können jetzt doch auf eine Entschädigung hoffen.

Ende 1940 waren es 700 000, zwei Jahre später nur noch 100 000 Männer und Frauen, die vorwiegend in polnischen Städten wie Warschau, Bialystok, Lublin oder Lodz Zwangsarbeit leisteten. Die anderen waren inzwischen ermordet worden. Es ging um Juden, die ihre Wohnungen räumen und in Ghettos umziehen mussten. Die SS schickte sie als Arbeitssklaven in Werkstätten und Fabriken, wo die Überlebenschancen äußerst gering waren. Es gab im Ghetto allerdings auch die Möglichkeit, sich freiwillig zur Arbeit zu melden – für einen Hungerlohn, aber immerhin mit der Chance, das Ende des Terrors zu überleben. Auch um diese Hoffnung zu bestärken, erwarben die „Freiwilligen“ den Anspruch auf eine gesetzlich wirksame Rentenbescheinigung. Die Rente war winzig, der Betrag so minimal, dass kaum jemand später den Rentenbescheid aufbewahrte. Heute, gut 60 Jahre nach der Befreiung, ist ein solches Papier Voraussetzung für eine Entschädigung. Zuständig ist das Landessozialgericht in Düsseldorf. Dort sind inzwischen 70 000 Entschädigungsanträge eingereicht worden. Doch 87 Prozent wurden abgelehnt, weil die Dokumente – so überhaupt noch vorhanden – den Behörden nicht ausreichten. Meist fehlte etwa der Nachweis, im Ghetto auch eigens gedrucktes „Ghettogeld“ erhalten zu haben. Anfangs war die Erwartung bei den Betroffenen groß, nach Jahrzehnten doch noch einen kleinen Betrag und vor allem die Anerkennung zu bekommen, unsäglich gelitten zu haben.

Nun prüft das Bundesfinanzministerium, ob es sich um eine „relevante Gruppe oder unglückliche Einzelfälle“ handelt. Erst danach kann errechnet werden, wie viel Geld das kosten würde. Die Jewish Claims Conference, die jüdische NS-Opfer vertritt, ist bereit, an einer Lösung mitzuarbeiten. Ihr Repräsentant in Frankfurt, Georg Heuberger, begrüßte, dass „die Regierung grundsätzlich die Absicht hat, diese Leute zu entschädigen.“ Heuberger sprach sich für eine unbürokratische Lösung „außerhalb des Gesetzes“ aus, zum Beispiel über einen Fonds. Das freilich dürfte schwierig sein. Denn die von der Regierung Schröder 2001 auf den Weg gebrachte Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ hat nach den geplanten fünf Jahren Ende 2006 ihre Arbeit eingestellt. Erfolgreich, sollte man hinzufügen. Mehr als 1,66 Millionen ehemalige Zwangsarbeiter haben endlich eine kleine Entschädigung bekommen. Insgesamt wurden von der Industrie und der Bundesregierung 4,37 Milliarden Euro bereitgestellt. Oft waren es nur symbolische Beträge, die für die Überlebenden aber psychologisch große Bedeutung als eine Art von Anerkennung ihres weitgehend verpfuschten Lebens hatten.

Bei den Opfern, um die es nun geht, handelt sich ausschließlich um jüdische Greise und Greisinnen, die damals in Ghettos geschuftet haben. Oft entgingen sie ihrer Deportation in die Vernichtungslager nur dadurch, dass der „Ghettoälteste“ andere Männer und Frauen auf die Transporte schickte, deren Ziel eine Gaskammer war. Im Ghetto von „Litzmannstadt“ beispielsweise, wie die NS-Funktionäre das altehrwürdige Lodz nannten, fürchtete der „Ghettoälteste“ um das Leben aller Bewohner. Die SS verlangte immer mehr Leute für die Todestransporte, sodass es bald nicht mehr genügend Arbeiter für die Fabriken und Werkstätten im Ghetto geben würde. Deshalb setzte er im Laufe der Zeit auch Kinder auf die Listen – selbstverständlich gegen den Protest der Eltern. Die führten ihn deshalb auf einer „schwarzen Liste“ wegen Kollaboration mit der SS.

Nach mehr als 60 Jahren kann die Zahl der Überlebenden nicht mehr groß sein. Die meisten sind nach der Befreiung krank geworden und längst nicht mehr am Leben. Deshalb empfiehlt Heuberger zurecht eine unbürokratischere und schnellere Lösung als früher. Sollte es dennoch einer Gesetzesnovelle oder gar eines neuen Entschädigungsgesetzes bedürfen, dann ist höchste Eile geboten. Wie das in der Realität geht, ist mit der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ überzeugend vorgeführt worden. Es handelt sich um eine Angelegenheit, die auf höchster Ebene behandelt wird. Als Israels Premierminister Ehud Olmert kürzlich in Berlin war, hat er das Thema beim Spitzentreffen mit Angela Merkel angesprochen. Dadurch ist garantiert, dass hier nichts in bürokratischen Kanälen versickert.

Heiner Lichtenstein

Meldungen

Knickrige „Kameraden“

Berlin – Ein Bettelbrief des NPD-Vorsitzenden Udo Voigt an seine Mitglieder hat in den ersten Wochen eher bescheidenen Erfolg gehabt. Voigt hatte gehofft, das Loch in der Kasse, das nach einer Rückforderung der Bundestagsverwaltung über knapp 870 000 Euro entstanden war, zu einem Großteil durch Spenden ausgleichen zu können. „Wenn jedes Mitglied es ermöglichen kann, 100 Euro zu opfern, wäre der gegen uns geführte Schlag bereits abgefangen“, hatte Voigt Anfang Dezember geschrieben. Doch tatsächlich überwiesen die Mitglieder bis zum Jahresende lediglich 75 000 Euro, wie Voigts in einem neuen Rundschreiben berichtete. Zusätzlich hätten die Abgeordneten und Mitarbeiter der Landtagsfraktionen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen 25 000 Euro gespendet. Und der Landesverband Sachsen habe der Bundespartei mit weiteren 10 000 Euro geholfen. Den „dringlichsten Zahlungsverpflichtungen“ habe die NPD damit „vorerst nachkommen“ können, schreibt Voigt, um anschließend erneut an die Spendenbereitschaft der Parteimitglieder zu appellieren. (ts)

Haiders Freunde

Österreich (Klagenfurt) – Am ersten Februar-Wochenende sind in der Kärntner Landeshauptstadt Klagenfurt der Landeshauptmann (Ministerpräsident) Jörg Haider (BZÖ), Joachim Siegerist vom Hamburger Verein Die Deutschen Konservativen (DDK) und Roger Kusch, Vorsitzender der Partei Hamburg Heimat zusammengetroffen. Haider und Siegerist haben dabei eine gemeinsame Kundgebung in Bremen vereinbart. In Bremen treten die Deutschen Konservativen am 13. Mai unter dem Namen „Bremen muss leben“ zur Bürgerschaftswahl an. Haider sagte auch dem einstigen Hamburger Justizminister Kusch Hilfe bei dessen Wahlkampf in Hamburg 2008 zu. Siegerist und Kusch wollen sich bei den Wahlkämpfen gegenseitig unterstützen. (am)

Kölner Klüngel

Leverkusen – Die „Bürgerbewegung pro Köln“ setzt ihren Expansionskurs fort. Während es bislang um die Gründung weiterer „Bürgerbewegungen“ auf kommunaler Ebene ging, wurde am 5. Februar in Leverkusen eine „Bürgerbewegung pro Nordrhein-Westfalen“ aus der Taufe gehoben. Sie soll die Arbeit von rechtspopulistischen Wählervereinigungen in NRW koordinieren und bündeln. Aber auch eine Teilnahme an der Landtagswahl im Jahr 2010 wird nicht ausgeschlossen. Voraussetzung: ein erfolgreiches Abschneiden bei den Kommunalwahlen ein Jahr zuvor. Erster Vorsitzender von pro NRW ist der Leverkusener Rechtsanwalt Markus Beisicht, der Vorsitzende der „Bürgerbewegung pro Köln“. Als seine Stellvertreter fungieren der Gelsenkirchener Stadtrat Kevin Gereth Hauer und die „pro-Köln“-Fraktionsvorsitzende Judith Wolter. Als Versammlungsleiter trat der frühere REP-Vize Björn Clemens bei dem Gründungstreffen auf. (ts)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Stellvertretende SPD-Vorsitzende)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de